

Ein anderes Problem konnte während des Besuchs nicht zufrieden stellend gelöst werden. Die Entsendung eines eigenen EU-Vertreters nach Macau lässt immer noch auf sich warten. Die portugiesische Verwaltung hatte schon vor der Rückgabe Macaus an China die Einsetzung eines Verbindungsbeamten für Macau vorgeschlagen, und im Februar dieses Jahres hatte Mário Soares, Stellvertreter im Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit des Europäischen Parlaments, in einem Bericht über die Beziehungen zwischen der EU und Macau, die Benennung eines solchen Beamten dringend empfohlen. (S. dazu C.a., 2001/2, Ü 44) Immerhin hat etwa ein Viertel der Bevölkerung Macaus einen portugiesischen Pass und somit das Recht, sich in den 15 Ländern der Gemeinschaft niederzulassen. Jetzt kamen die Gesprächspartner nur wieder überein, dass das EU-Büro in Hongkong weiterhin auch für Angelegenheiten Macaus zuständig bleibt.

Bei einem Treffen mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments wurden die wirtschaftlichen Implikationen der künftigen Liberalisierung der Glücksspielindustrie in Macau, die Aufhebung der Textilexportquoten Macaus durch die EU 2005 und die im September stattfindenden ersten Wahlen zur Gesetzgebung seit Bildung der SVRM erörtert. Parlamentsmitglieder gaben während Edmund Hos Besuch bekannt, dass sie die Bildung einer „Macau Freundschaftsgruppe“ zur Förderung der bilateralen Beziehungen planten. (Macau Government Information Bureau website, www.gcs.gov.mo, 17.-20./22./27.6.01; XNA, 28.6.01; SCMP, 23./30.6.01) -ljk-

39 Neues Büro für Angelegenheiten internationalen Rechts

Das Büro für Angelegenheiten der Gesetzgebung (*Legislative Affairs Office*) wurde gemäß einer Mitteilung des Regierungschefs der SVR Macau umbenannt und heißt seit dem 12. Juni „Büro für Angelegenheiten internationalen Rechts“ (*International Law Affairs Office*). Das Büro ist eine Sonder Einheit und steht unter der Aufsicht der Sekretärin für Verwaltung

und Justiz, Florinda Chan. Die Aufgaben des *Legislative Affairs Office* konzentrierten sich auf die Ausdehnung des internationalen Rechts auf Macau und diesbezügliche Fragen nach Bildung der SVR Macau. Einen Teil der Aufgaben des Büros übernahm das im November letzten Jahres geschaffene Büro für Justizangelegenheiten (*Judicial Affairs Office*). Da gegenwärtig über 100 internationale Vereinbarungen und Abkommen bearbeitet werden müssen, wurde die Frist für das Büro um über ein Jahr verlängert und endet jetzt erst Ende 2002. Aufgabe des *Legislative Affairs Office* ist es, bei Verhandlungen, beim Abschluss und bei der Umsetzung von Vereinbarungen internationalen Rechts Rechtsbeistand zu leisten, die Regierung bei der Teilnahme an wichtigen Justizangelegenheiten oder Sitzungen, die multilaterale, internationale oder regionale Organisationen betreffen, zu unterstützen, Entwürfe von Berichten an internationale Organisationen zu fördern und die Durchführung der Vereinbarungen zu koordinieren, die die Justizkooperation zwischen Macau und anderen Regionen, insbesondere mit der EU, betreffen. (Macau Government Information Bureau website, www.gcs.gov.mo, 11.6.01) -ljk-

Taiwan

40 Taiwan bricht diplomatische Beziehungen mit Mazedonien ab

Am 18. Juni beendete Taiwan die diplomatischen Beziehungen mit Mazedonien. Die Regierung kam damit einem entsprechenden Schritt Mazedoniens zuvor, der fällig geworden wäre, nachdem sich der Balkanstaat zu einer neuerlichen Kehrtwende in seiner China politik und zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China entschlossen hatte.

Die im Januar 1999 aufgenommen Beziehungen (s. C.a., 1999/1, Ü 46) waren in Taiwan als großer diplomatischer Erfolg gewertet worden, da Mazedonien abgesehen vom Vatikan der einzige europäische Staat war, der Tai-

wan anerkannte. Entsprechend intensiv pflegte Taiwan seine Beziehungen zur Regierung in Skopje.

Dort allerdings war man durch den Ausbruch des Bürgerkriegs jüngst in eine diplomatische Notlage geraten, denn zur Lösung des neuen Balkanproblems nötige Beschlüsse im UNO-Sicherheitsrat können durch China als ständiges Mitglied blockiert werden. (China hatte nach dem Abbruch der Beziehungen zu Mazedonien mit seinem Veto eine Verlängerung der UN-Sicherheitsmission für Mazedonien verhindert.) Außerdem hatte sich in Skopje die innenpolitische Situation geändert, da eine Regierung der nationalen Einheit mit Vertretern aus sieben Parteien gebildet worden war. Dadurch spielte auch die Stimme der pekingorientierten Sozialisten wieder eine Rolle. Die von Taiwan gewährte generöse technische und finanzielle Hilfe konnte in den Augen vieler mazedonischer Politiker angesichts der existenziellen Notlage, in der sich ihr Land befindet, kein hinreichendes Argument für die fortgesetzte Nichtanerkennung Chinas bieten. Taiwans Außenminister Tien Hung-mao (Tian Hongmao) reiste zwar noch Ende Mai nach Skopje, um den sich abzeichnenden Bruch abzuwenden, doch war die für Taiwan schmerzliche diplomatische Niederlage aus den genannten Gründen schon nicht mehr zu vermeiden.

Taiwans Position in Mazedonien war trotz der guten Beziehungen zu Ministerpräsident Georgiewski stets heikel. So hatten sich sowohl der alte wie auch der neue Staatspräsident geweigert, das Beglaubigungsschreiben von Botschafter Chang entgegenzunehmen, und trotz der eifrig gewährten Finanzhilfen – zuletzt noch 1 Mio. US\$ als Bürgerkriegsunterstützung – war es Taiwan nicht gelungen, seine Position gegenüber den starken Pro-Peking-Kräften zu festigen.

Als sich der Bruch ernstlich abzeichnete, warnte Taiwan den Verbündeten, es werde sich nicht darauf einlassen, die Beziehungen in halboffizieller Form fortzuführen, sondern auf Wahrung seiner „nationalen Würde“ bedacht sein. Zudem werde Taiwan ernsthaft prüfen, seine elf Hilfsprojekte in Mazedonien mit einem Wert von über 140 Mio. US\$ abzubrechen. Eine

Rückzahlung bereits geflossener Gelder werde jedoch nicht verlangt. Taiwan bedaure, dass Mazedonien China nachgegeben habe, erklärte eine Sprecherin des Außenministeriums. Nach dem Abgang Mazedoniens wird Taiwan derzeit noch von 28 durchweg kleinen und armen Staaten in Lateinamerika, Asien und im Pazifikraum anerkannt. (CNAT, nach BBC PF, 1.6., 3.6., 19.6.01; TT, 1.6., 19.6.01; TH, 14.6., 19.6.01) -hws-

41 Verfassungsgesetzentwurf will homosexuelle Lebenspartnerschaften schützen

Justizminister Cheng Dingnan legte Ende Juni einen Verfassungsgesetzentwurf vor, der staatliche Grundrechtsgarantien zusammenfasst und insbesondere den Staat verpflichtet, die Freiheit und freie Entfaltung des Einzelnen sowie dessen Privatsphäre zu schützen. Auch politische Mitwirkungsrechte, der Schutz vor Folter und erniedrigender Behandlung durch den Staat, die Gleichstellung von Frauen, Minderheitenrechte und andere Rechte werden in dem Entwurf abgehandelt. Auffälligste Bestimmung der Vorlage, die noch vom Kabinett gebilligt werden muss, ist ein Passus, wonach der Staat die Rechte von Homosexuellen zu schützen habe. Diesen solle erlaubt werden, Familien zu gründen und Kinder zu adoptieren. Gleichgeschlechtliche Ehen soll es gleichwohl nicht geben.

Präsident Chen und seine Regierung schicken sich mit dem Grundrechtskatalog an, ein altes Versprechen einzulösen: die Menschenrechte in Taiwan zu stärken. Angesichts der Tatsache, dass Homosexualität in chinesischen Gesellschaften nach wie vor weitgehend tabuisiert wird, zeigt sich an dem Gesetzentwurf, wie sehr sich Taiwan in Menschenrechtsfragen bereits fortgeschrittenen westlichen Standards nähert. Ob der Entwurf in der vorliegenden Form einmal Gesetz werden wird, bleibt abzuwarten. (CNAT, nach BBC PF, 26.6.01; TH, 26.6.01) -hws-

42 Expräsident Li setzt sich für Präsident Chen ein – zerbricht die KMT?

Der frühere taiwanische Präsident Li Teng-hui (Li Denghui), bis kurz nach der Wahlniederlage im März letzten Jahres auch Vorsitzender der einst allmächtigen Nationalen Volkspartei KMT, ist unzufrieden mit der Linie seines Nachfolgers an der Parteispitze, Lien Chan (Lian Zhan). Während Li eine Politik der Taiwanisierung der Partei verfolgte und mit dem Schlagwort vom „neuen Taiwaner“ alle Bürger des Landes ungeachtet ihrer Herkunft vom Festland oder von der Insel auf eine gemeinsame neue Identität als Taiwaner einzuschwören versuchte, hat die KMT unter Lien Chan erneut eine stärker wiedervereinigungsorientierte Richtung eingeschlagen und gleichzeitig mit ihrer Parlamentsmehrheit die Regierungspolitik weitgehend blockiert – zum Schaden der Nation, wie Li kritisiert. In einem von der taiwanischen Öffentlichkeit als spektakulär empfundenen gemeinsamen Auftritt mit Präsident Chen, signalisierte der Expräsident nun, dass er sein noch immer großes Ansehen in die Waagschale werfen will, um entweder die KMT wieder auf eine stärker taiwanorientierte Linie zu bringen oder Teile der KMT dazu zu bewegen, Präsident Chen nach den Parlamentswahlen im Dezember zu einer stabilen Parlamentsmehrheit zu verhelfen.

Schon zuvor hatten Pressemeldungen Irritationen in der KMT ausgelöst: Li strebe an, 35 Parlamentarier – sowohl unabhängige wie auch KMT-Mitglieder – dazu zu bewegen, die Regierungsfraktion zu unterstützen. Falls es die DPP in den Wahlen auf 85 Abgeordnete bringe, reiche die Summe von 120 für die nötige Mehrheit in der Legislative. Tatsächlich hatte sich Li Teng-hui Ende Mai und Anfang Juni zweimal mit unabhängigen und KMT-Abgeordneten getroffen und dabei dem Vernehmen nach die Notwendigkeit betont, Partei- und Wirtschaftsreformen durchzuziehen. Die Parlamentarier müssten Präsident Chen, so Li, in Sachen Wirtschaftspolitik eine helfende Hand reichen. Die KMT-Führung versuchte zunächst, diese Meldungen als von der DPP ausgestreut hinzustellen. In Wahrheit sei die KMT

geeint, und es gebe kaum Fraktionsmitglieder, die die KMT-Linie verlassen würden. An der Parteibasis wurden dagegen Forderungen laut, den früheren Vorsitzenden aus der KMT auszuschließen.

Li Teng-huis Unzufriedenheit mit Lien Chans Politik ist allerdings hinlänglich bekannt. So war es für die Öffentlichkeit dem Inhalt nach nicht überraschend, als Li bei der Gründungsversammlung einer taiwanorientierten Akademikervereinigung mit Präsident Chen Einigkeit demonstrierte und in einer Ansprache „Leute“ angriff, die noch nicht „den Hauptstrom der öffentlichen Meinung“ wahrnahmen. Politische Beobachter verstanden diese und ähnliche Passagen als auf Lien Chan gemünzt.

Die Stimmen, die nach Lis Parteiausschluss verlangten, wurden danach noch lauter, einstweilen aber hält es die KMT-Führung für weiser, diesen Schritt nicht zu tun, da dies zu einer offenen Spaltung der KMT führen könnte.

Die Regierungspartei DPP ist sich unterdessen noch nicht sicher, was sie von Li Teng-huis Vorgehen halten soll. Li würde mit einem Pro-Taiwan-Einsatz im Wahlkampf vor allem der unabhängigkeitsorientierten DPP Stimmen wegnehmen; so wird vielfach befürchtet, während die traditionelle KMT-Wählerschaft, die lieber Taiwans Status quo erhalten möchte, falls sie nicht ohnehin einer Wiedervereinigung zuneigt, solchen KMT-Kandidaten, die Lis Pro-DPP-Linie unterstützten, die Gefolgschaft verweigern würde.

Ob dem so wäre, ist jedoch keineswegs sicher. Viel wird davon abhängen, wie groß Lis Anhängerschaft und Einfluss in der KMT und in der traditionellen KMT-Wählerschaft noch ist. Falls Li möglichst viele Kräfte „seiner“ Partei auf seine alte politische Linie zurückbringen möchte, wird er sich der DPP nicht zu stark annähern, sondern ein eigenes politisches Profil bewahren müssen. Dies dürfte ihm freilich nicht allzu schwer fallen. Tatsächlich ist sich Li des Problems bewusst, dass er mit seinem Engagement in erster Linie die DPP schwächen könnte, und er hat sich gegenüber dem DPP-Parteivorsitzenden Frank Hsieh (Xie Changting) bereits in diesem Sinne

geäußert. Gegenüber der Lien-Chan-Fraktion in der KMT könnte Li im Wahlkampf zugute kommen, dass Lien mit der zweitgrößten Oppositionspartei, der People First Party (PFP) unter James Soong (Song Chuyu), im Juni ein Wahlbündnis geschlossen hat. Soong ist ein KMT-Abtrünniger und Li Teng-hui sein erbitterter Gegner. Beide, Soong und Li, sind trotz ihrer Rivalität unvergleichlich viel populärer als Lien Chan. Dieser könnte mit seiner KMT-Anhängerschaft dabei leicht zwischen die Mühlsteine geraten.

Politische Beobachter befürchten, das durch die von Lis Rückkehr auf die politische Bühne bewirkten Änderungen in der politischen Landschaft Taiwans die alte Rivalität zwischen alteingesessenen Taiwanern und wiedervereinigungsorientierten Festländern neu beleben dürfte. Li selbst hat erklärt, sein Ziel bestehe nicht darin, die KMT zu schwächen. Tatsächlich dürfte er es vorziehen, die KMT als ganze wieder auf seine alte Linie zu bringen, statt die Partei zu spalten. Ob es Li jedoch gelingen kann, die KMT dazu zu bewegen, die DPP-Regierung zu unterstützen, erscheint sehr zweifelhaft. Die weiteren Entwicklungen bleiben abzuwarten. So oder so hat die Rückkehr Li Teng-huis in die politische Arena die Karten im Vorfeld der kommenden Parlamentswahlen schon jetzt neu gemischt. (TT, 10.6., 17.6., 18.6., 24.6.01; CNAT, nach BBC PF, 14.6.01; FT, 18.6.01; SCMP, 11.6., 18.6.01; IHT, 20.6.01; TH, 21.6.01) -hws-

43 Dramatische Verschlechterung der Wirtschaftsdaten

Anfang Juni gab Taiwan Außenhandelszahlen bekannt, die die schlimmsten Befürchtungen übertrafen. Demnach brachen die Ausfuhren im Mai gegenüber dem Vorjahresmonat um 22,6% ein. Analysten hatten „lediglich“ einen Rückgang von 11% erwartet. Noch stärker traf der Abschwung die Importe, die um 29,6% schrumpften. Bei den Exporten war der Elektroniksektor mit -27% besonders stark betroffen. Hier wirkt sich vor allem die sinkende Nachfrage in den USA aus: Der Rückgang aller Ausfuhren dort lag im Mai bei 26% und war damit

stärker als bei den Exporten nach Japan (-25%) und Europa (-24%).

Während bislang damit gerechnet wurde, dass das äußerst schmale Wachstum von 1,06%, das Taiwans Volkswirtschaft im ersten Quartal erzielte, im weiteren Jahresverlauf deutlich übertroffen würde, haben sich mit den fallenden Ausfuhren auch die gesamtwirtschaftlichen Aussichten weiter eingetrübt. Die im Vormonat nach unten revidierte Prognose von gut 4% Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr gilt bereits jetzt als illusorisch. Mit der wachsenden Erwerbslosigkeit, die im Mai mit 4,22% ein Allzeithoch erreichte, schrumpft auch die Inlandsnachfrage. Nachdem in der ersten Jahreshälfte bereits 3.000 Betriebsschließungen zu verzeichnen waren, wird für das ganze Jahr eine Zahl von 6.000 erwartet, ein Plus von 1.000 gegenüber dem Vorjahr, als durch Stilllegungen bereits 100.000 Arbeitskräfte freigesetzt worden waren.

Weiter verfinstert hat sich auch das Wirtschaftsklima: Nur noch 13% von hierzu befragten Herstellern erwarten eine Besserung der Wirtschaftslage innerhalb der nächsten drei Monate (Vormonat: 15%), 39% sehen eine weitere Verschlechterung (Vormonat: 34%).

Neben dem allgemeinen Rezessionsklima im Welthandel sowie Betriebsverlagerungen auf das chinesische Festland wirkt sich in Taiwan derzeit immer stärker der Reformstau aus, der teils durch Untätigkeit der Regierung, teils durch die Blockadepolitik der Opposition zustande gekommen ist. Immerhin stehen die Zeichen derzeit auf mehr Kooperation. So will die Opposition in einem neu zu gründenden Wirtschaftsberatungsgremium mitwirken, das die Regierung unterstützen soll, und Ende Juni billigte das Parlament auf einer Sondersitzung einige von der Regierung für dringend erachtete Gesetze zur Reform des Finanzsektors. Hier von sollen vor allem Banken und Versicherungsfirmen profitieren, indem Zusammenschlüsse verschiedenartiger Finanzfirmen über die Gründung von Dachgesellschaften möglich gemacht werden. Ein kurzfristiger Effekt wird von diesen Gesetzgebungsmaßnahmen zwar nicht erwartet – Premier Chang rechnet mit ersten po-

sitiven Auswirkungen in sechs Monaten –, dennoch spielt auch der psychologische Aspekt eine Rolle: Wenn Parlament und Regierung Handlungsfähigkeit zeigen, kommt dies dem Wirtschaftsklima zugute. Die im Zuge der schwindenden Auslandsfrage zutage tretenden Strukturschwächen von Taiwans Wirtschafts- und Finanzsektor werden freilich größere und anhaltendere Anstrengungen erfordern, als sie derzeit zu erwarten sind. Der beginnende Wahlkampf – die nächsten Parlamentswahlen sind auf Anfang Dezember angesetzt – und die Koordinationsprobleme zwischen Regierung und Opposition könnten den Reformstau in den nächsten Monate eher noch wachsen lassen. (TT, 8.6., 23.6., 28.6.01; WSJ, 14.6.01; TH, 14.6., 27.6., 28.6.01) -hws-